



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die politische Lage.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die politische Lage.

Noch ist unsicher, ob und wann der Congress zusammentritt, welchem die Aufgabe gestellt ist, den italienischen und deutschen Conflict auf friedlichem Wege zu lösen. Die Friedenshoffnungen, welche wieder schüchtern emportauchten, sind klein geworden, aber man ist doch geneigt, jeden Tag Aufschub für einen Gewinn zu halten, weil er die Aussichten auf gütliche Beilegung vermehre.

Zuverlässig gewinnt in der Verzögerung auch den Herrschenden alles, was zum Frieden mahnt, größere Bedeutung: die Einbuße an Nationalvermögen, Noth der Arbeitenden, Bedrängnisse der Geschäftswelt, vor anderem die Uebelstände einer großen Rüstung und die Gefahren des Staates. Aber das Gewicht dieser Erwägungen wird bei dem streitenden Theil, welcher höhere Cultur, bessere Staatsordnung, geordnete Finanzen und ein unvergleichlich kostbareres Kriegsmaterial auf das Spiel zu setzen hat, weit größer sein, als bei dem Gegner, der dieser Friedensvorzüge sehr entbehrt; bei Preußen größer, als bei Oestreich. Und da die Sachlage bereits jetzt so verändert ist, daß der König von Preußen den Krieg nicht will, und Oestreich der kriegtreibende und angriffslustige Theil ist, so wird der Aufschub an sich keine große Friedenskraft bewahren. Er gewöhnt die Menschen an den Kriegsgedanken. Ob der Friede durch einen Congress gesichert werden kann, auch das ist sehr zweifelhaft, die feindlichen Mächte Deutschlands stehen während des Congresses unter Waffen, und die Vermittelungsversuche des Auslandes können nach menschlichem Ermessen nur dann die entgegengesetzten Forderungen der beiden feindlichen Parteien beschränken, wenn die Gegner hinter den Vorschlägen des Auslandes eine Coalition gegen die Widerstrebenden zu fürchten haben. Eine solche Coalition aber bedroht Preußen und den Bund mit neuen Demüthigungen und Gefahren. Ein Zwang, der uns von außen aufgelegt wird, ist unter allen Umständen eine furchtbare Sache, nicht nur weil er in der Gegenwart erhobene Ansprüche beschränkt und übermächtig unser politisches Schicksal bestimmt, sondern weil er die Gefahr bereiten mag, daß im Interesse des Auslandes aufs neue befestigt wird, was in Deutschland unhaltbar geworden.

Demungeachtet war es richtige Politik, daß Preußen bereitwillig auf die Idee des Congresses eingegangen ist, denn dadurch wird zum großen Theil die brüske Weise, in welcher vor einigen Wochen der Trotz der Gegner erregt wurde, gut gemacht, und die deutschen Mittelstaaten, Regierungen und Völker erhalten eine für sie selbst wünschenswerthe Zeit zu ernster Erwägung.

Bei dem Conflict zwischen Preußen und Oestreich ist den deutschen Mittelstaaten eine wichtige Rolle zugetheilt. Sie stellen bei aufrichtigem Zusammenhalten einen wesentlichen Theil deutscher Interessen und deutscher Streitkräfte dar und es würde Hannover, Sachsen und der großen südwestlichen Gruppe derselben nicht schwer sein, von beiden Gegnern Anerkennung ihrer Neutralität durchzusetzen. Dadurch vermögen sie einen ausbrechenden Krieg zu localisiren, ihm den größten Theil seiner verderblichen Folgen für Glück und Wohlstand der Deutschen zu nehmen, auch seine politischen Gefahren für Deutschland wesentlich zu verringern. Das wäre vom Standpunkt dieses Blattes nicht alles, was die Regierungen thun könnten, aber es wäre für ihren eigenen Vortheil das Nächstliegende und würde den Wünschen ihrer eigenen Bevölkerung am meisten entsprechen. Was aber zu Bamberg beschlossen worden, ist, wie zu fürchten steht, das Gegentheil einer solchen vorsichtigen Politik. Der Antrag auf Neutralität, welchen der Vertreter Badens nach dem Willen seines Fürsten zu stellen genöthigt war, ist einstimmig verworfen, dagegen ist beschlossen worden, auch ohne Bundesbeschluß mobil zu machen, und es ist ferner beschlossen worden, den Friedensbrecher anzugreifen; wer aber der Friedensbrecher sei, soll durch eine Erklärung des Bundes constatirt werden.

Wer wird Friedensbrecher? Wenn eine Volksversammlung ihren Haß gegen einen solchen Missethäter ausspricht und sich ihn dabei als moralisches Ungethüm mit geballten Fäusten und einem unerträglich böshaften Gesicht vorstellt, so wird man sich dergleichen kindliche Phantasie gefallen lassen müssen; wenn die Vertreter der auswärtigen Geschäfte in deutschen Staaten dasselbe festsetzen, so können sie das doch nur mit dem Bewußtsein gethan haben, daß sie eine dehnbare Phrase gebrauchen. Wird der ein Friedensbrecher, welcher den ersten Kanonenschuß abfeuert oder die erste Salve? Es steht jeden Augenblick in der Gewalt eines Gegners, der den Krieg will, solche militärische Aeußerung seines Gegners zu provociren. Kleine Tracasserien an der Grenze, für welche die Genugthuung verweigert wird, oder der Amtseifer eines Offiziers vermögen im Augenblick einen Streit hervorzurufen, durch welchen grade dem, welcher den Frieden will, unvermeidlich wird, anzugreifen. Ist Verletzung neutralen Bodens ein Friedensbruch? Wie die deutschen Territorien durcheinanderliegen, mag eine heßische oder meiningische Parcellen, ein Grenzstreif, den der Feldherr besetzen muß, um nicht sein Heer zu opfern, jeden Tag grade die friedesuchende Partei zum Friedensbrecher machen. Die Majorität des Bundes aber, welche über

den Friedensbruch entscheiden würde, kann, wie die Verfassung des Bundes ist, aus einer kleinen Minorität des deutschen Volkes bestehen und bei einer solchen würde in diesem furchtbaren Falle die Entscheidung über das politische Geschick der Nation stehen.

Thatsächlich ist das Resultat der bamberger Conferenz eine Liga gegen Preußen. Nun hat Preußen allerdings bis zu den letzten Wochen Mehres gethan, die Diplomatie der Mittelstaaten zu ärgern, aber seitdem hat sich das Sachverhältniß völlig umgekehrt; es ist wohlbekannt, und den Regierungen der Mittelstaaten am besten, daß der König von Preußen ernstlich den Frieden will, der Kaiser von Oestreich ebenso eifrig einen Sieg für die österreichischen Waffen.

Ja noch mehr. Während die Mittelstaaten beim Bunde den Antrag auf allgemeine Abrüstung einbringen, rüsten sie selbst, beschließen selbstständig über Commando, Aufstellung der combinirten Contingente und decretiren, daß Nassau aus seinem Corps in das 8. Bundescorps unter österreichischen Oberbefehlshaber zu treten habe. Während Oestreich beim Bunde wegen der Verhandlungen Preußens mit Hannover interpellirt, welche doch nur die Neutralität Hannovers und die Erhaltung des Friedens für deutsches Bundesgebiet zur Tendenz haben, sendet Oestreich seinen General und Stab zu einem deutschen Bundesarmee-corps, und disponirt über süddeutsche Truppen wie über seine Verbündete.

Aber damit nicht genug. In kürzester Zeit wird das 7. Bundescorps (Bayern) und das 8. (Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt) kriegsbereit sein. Württemberg hat nach der Militärverfassung des Bundes jetzt die Wahl des Oberbefehlshabers, es hat einen k. k. General gewählt. Dadurch sind die badischen Truppen wider den Willen Badens unter österreichischen Oberbefehl gekommen, und die Existenz des Staates Baden hinge demnach jetzt von Oestreich und dem begehrliehen Nachbar Württemberg ab, welche bei der bekannten Stimmung in Baden im Fall eines Conflictes nicht säumen würden, das Grenzland zu besetzen.

Die württembergische Regierung ist nach der Sprache ihres officiellen Blattes auf einem Standpunkt des Preußenhasses angekommen, welcher ruhige Erwägung ausschließt. Weit anders steht es in Bayern und Sachsen. Die bayrische Regierung hat von Anfang des Conflictes eine feste und würdige Haltung behauptet, sie ist durch die Größe ihres Staates und durch ihre Bedeutung für die geistigen und realen Interessen unseres Vaterlandes vorzugsweise geeignet, die Politik der Mittelstaaten in deutschem Interesse zu leiten. Möchte man dort erwägen, was diese Bundesgenossenschaft mit Oestreich für Bayern bedeutet. Dort ist eine Suprematie Preußens wenig zu fürchten, sie würde immer eine freundliche Allianz sein; sich aber zum Vasallen Oestreichs machen, ist in Bayern gegen alle Ueberlieferungen der heimischen Politik und gegen alle Interessen des Landes, welches unter seinen letzten Herrschern in der

Verbindung mit dem Norden, und unter dem Segen des Zollvereins so freudig aufgeblüht ist. Wir räumen ein, daß grade der bayrische Minister des Auswärtigen reichlich Gelegenheit gehabt hat, vor und nach dem Vertrage von Gastein die Schwächen der preußischen Politik kennen zu lernen, er weiß aber ebensowohl, daß im letzten Grunde die Verbindung mit Preußen für das bayrische Volk nach jeder Richtung vortheilhaft ist, und daß für alle Tüchtigkeit und politische Kraft, welche uns aus Bayern kommt, nicht in Oestreich, sondern in wohlgeordneten deutschen Verhältnissen ein lohnendes Terrain bereitet wird.

Noch ernster sind die Erwägungen, welche in Sachsen die Handlungsweise der Regierung bestimmen müssen. Dies Blatt, welches in Sachsen seit langer Zeit Gasteinrecht und Toleranz genießt, darf nicht anders als rücksichtsvoll daran mahnen. Die Lage des Landes, die Interessen der Bevölkerung warnen vor jedem Zug nach dem Süden, hier ist es Leben und Wohlfahrt des Volkes, welche dringend eine Politik empfehlen, die das Land davor behütet, Schauplatz eines wilden und erbitterten Krieges zu werden.

Unterdeß bereiten sich langsam die großen Wandlungen vor, welche die nächste Zukunft auch ohne Krieg in Deutschland herbeiführen wird. Die Reformvorschläge Preußens sind den Regierungen mitgetheilt. Es ist jetzt nicht die Zeit, die Einzelheiten zu kritisiren; wie sie auch sein mögen, sie enthalten in der Hauptsache die Grundlage, auf welcher eine Versöhnung zwischen den Interessen der Regierungen und der deutschen Nation möglich wird: ein Parlament aus freien Volkswahlen und eine Modification in dem Abstimmungsmodus der Bundesdelegirten, welcher einer wirklichen Majorität der deutschen Nation auch bei der Abstimmung die Mehrheit sichert. Das deutsche Volk soll sich durch die Unpopularität des Mannes, welcher den Plan herausgeworfen hat, nicht hindern lassen, das Dargebotene zu ergreifen. Es ist Sache der Preußen, mit den Persönlichkeiten dort abzurechnen, es ist Aufgabe der Deutschen, das Gute, welches von dort geboten wird, nicht aus einer persönlichen Abneigung zu verwerfen. Und dasselbe ist auch Pflicht der Regierungen, ebenso sehr ihr Vortheil, denn es ist nicht vorauszusetzen, daß mit größerer Schonung gegen bestehende Regierungsinteressen in irgendeiner Zukunft dieselbe nationale Forderung sich wieder zur Realisirung darbieten wird.

Unterdeß wird auch eine polnische Legion in Oestreich errichtet, welche ihren nationalen Haß gegen die Deutschen durch Blut bethätigen soll; kein Slavenstamm wird fehlen; denn Rothrussen und Rajzen, Slovaken und Slovenen, Kroaten und Czechen repräsentiren so ziemlich alle Stämme, welche die Slava gegen den verhaßten Deutschen ins Feld zu führen hat. Dazu noch der Magyar und Rumäne, und mit diesen im Bunde die deutsche Presse Oestreichs und die wiener Studentenschaft! Immer noch dauert unter den Deutschen Oestreichs, wenigstens unter denen, welche öffentlich schreiben und laut reden,

der Kriegstaumel. Heer und ein Völkergewühl jenseit der Berge wie etwa zur Zeit des dreißigjährigen Krieges! Freilich ist ein großer Unterschied zwischen damals und jetzt. Damals lebte eine nationale Opposition unter dem Adel wie unter der Bauernschaft Böhmens und Oesterreichs, eine deutsche Kraft, welche sich gegen die Eroberungspläne des Kriegsherrn stellte, der die Schaaren Wallensteins über Deutschland sandte, und sie mußte erst blutig niedergeschlagen werden. Jetzt sehen wir nichts von dieser deutschen Gesinnung. Wenn es irgendeine Zeit gab, in welcher es dem Deutschen unheimlich werden mußte in dem großen Völkerhause, in welchem er fast nur noch den geduldeten Hausherrn spielt, so wäre es doch grade jetzt.

Seit dem Jahre 1848, wo das politische Leben in Oesterreich erwachte, ist das Deuthum dort in unaufhaltbarem Rückschritt. Den Oesterreichern ist in diesem Augenblick nicht erlaubt, die Schuld von sich ab auf das System ihrer Regierung zu wälzen, denn was ihnen zur Last fällt, sind nicht allein Unterlassungssünden. Wie sie das deutsche Element in Ungarn gestärkt haben, erweist die Lage der armen Sachsen in Siebenbürgen; Krakau war noch vor zwanzig Jahren eine deutsche Stadt, es ist jetzt eine slavische; in Mähren war die ganze Bildung deutsch, jetzt steht es dort so, daß in wenig Jahren der czechische Slave nicht mehr inmitten Deutscher wohnen wird, sondern auch geographisch mit seinen östlichen Stammgenossen verbunden. Sogar der stille und fleißige Slovener hat sich in den letzten zwanzig Jahren von der deutschen Bildung abgelöst, er hat sich behaglich eine Schriftsprache erfunden, eine Literatur und ein eigenes fremdes Volkthum unter den Augen der Wiener, unter den Einflüssen ihrer Presse großgezogen. Der Czeche ist in seinem Kampfe für eine deutschfeindliche Nationalität so sehr Sieger, daß es sich jetzt nur noch um die letzte Burg deutscher Cultur, um die Universität Prag handelt; erwirbt er diese, dann ist in der Mitte Deutschlands eine fremde Nationalität auf unabsehbare Zeiten befestigt. In Belschtyrol, in Andine und Friaul ist das deutsche Wesen in unaufhörlichem Rückgange. Was ist von dem österreichischen Volk, was ist von der Hauptstadt Wien geschehen, um diese innerliche Entfremdung alter Gebiete des deutschen Bodens zu hemmen? Nichts. Man ist dort zufrieden, wenn die Fremden mit den Börsenmännern der Hauptstadt ihre Geldgeschäfte machen, und ihre neu gesundene Nationaltracht den Wienern auf der Straße zeigen, und man befriedigt sein deutsches Selbstgefühl durch einen flachen Scherz im Kaffeehause. Die Deutschöstreicher haben sich zu schwach gezeigt, nach jeder Himmelsgegend des Kaiserstaats Vertreter der höchsten deutschen Interessen zu sein, und doch geberden sie sich, als ob sie ein Herrenrecht auf deutschen Boden und deutsche Bildung hätten. Zu lange sind sie durch die Nachsicht der gutherzigen Deutschen verwöhnt worden. Jetzt, wo sie den Kriegsruf gegen deutsche Stämme lauter erheben, als die fremden Völker

ihres Staates, soll man ihnen die alte Nachsicht nicht mehr gewähren. Wenn sie bis jetzt nicht selbst Slaven, Magyaren oder Italiener geworden sind, verdanken sie dies nicht ihrer selbstthätigen Tüchtigkeit, sondern der deutschen Bildung, welche über die Grenzen vom Norden und Westen unablässig ihnen zugeströmt ist. Von dem geistigen Inhalt, den die übrigen Stämme in sich groß gezogen, haben sie gezehrt. Sie sind deshalb nicht berechtigt, ein Herrenwort in Deutschland mitzureden, denn nur unsre Kraft, wie unvollkommen sie auch zur Zeit noch entwickelt ist, hat sie vor vollständiger Barbarisirung bewahrt.

Und im Grunde fühlen sie das selbst, denn ihre Ansprüche beruhen zuletzt auf dem Gefühl der Schwäche, sie möchten sich an Deutschland klammern, um nicht unterzugehen. Allerdings ist unsere Aufgabe, das zu verhüten, aber wer Hilfelehnender ist, dem steht übel an, den anspruchsvollen Tobsüchtigen zu spielen, und mit einem Gefühl, welches jetzt das entschiedene Gegentheil von Achtung ist, hören wir Deutschen auf die übel stilisirten Ausbrüche eines wilden Kriegseifers. Nicht gleichgiltig ist der Tumult der Zeitungspressen und das Gebahren aufgeregter Jugend, denn sie treiben die Regierung hochfahrend vorwärts, weil sie dieser die Ueberzeugung geben, daß der Krieg gegen Deutsche auch in den alten Stammländern des Hauses eine willkommene Aufregung sei.

Mit Stolz vergleichen wir damit die Haltung des preussischen Volkes. Die preussischen Soldaten sind aus jedem bürgerlichen Beruf, gehorsam dem Wort ihres Kriegsherrn, zur Fahne geeilt. Die Bürger Preussens haben ihre Pflicht gegen den eigenen Staat und die übrigen Deutschen erfüllt, wenn sie ihren König unablässig zur Vorsicht mahnten gegenüber einem Rathgeber, welcher den Krieg zu wollen schien, als er nicht nöthig war.

Und dieses ernste Abmahnen von einem unruhigen, aufreizenden Vorgehen hat bereits einen Erfolg gehabt, der so bedeutend ist, daß man ihn vielleicht sogar für den Beginn einer bedächtigeren und volksthümlicheren Politik in Preußen halten darf. Der König von Preußen hat ehrlich und warm seinen Wunsch nach Frieden dargelegt, er hat freiwillig vor der Oeffentlichkeit und gegenüber seinen hohen Bundesgenossen dafür gesprochen und geschrieben, den Frieden zu erhalten. Unterdeß in Oestreich die heimlichen Rüstungen, die Verweigerung jeder Erklärung an die Abgeordneten, welche nach Frankfurt reisen wollten, jene herrische Interpellation an Preußen und Hannover in der letzten Bundessitzung, die provocirende Proclamation des Prinzen von Hessen zum östreichischen commandirenden General, das sind sprechende Thatsachen für eine hinterhältige, den Krieg fordernde Politik. So sehr haben sich die Dinge umgekehrt, daß jetzt Oestreich die Provocationen häuft, daß Preußen der besonnene und abwartende Theil geworden ist, dessen Recht durch jeden falschen Schritt seiner Gegner besser wird. Wer von der liberalen Opposition in Preußen fordert,

daß sie zustimmend der Politik ihres Ministerpräsidenten folge, so lange die Zeit ist, zu widersprechen, der vergißt, daß willenlose Beistimmung uns in die Gefahr gesetzt hätte und noch immer setzen kann, einen Krieg zu führen, der diplomatisch verloren war, bevor er anfing. Und es ist nichts wärmer zu wünschen, als daß diese Opposition in der letzten Stunde noch einen indirecten Einfluß auf die Behandlung der deutschen Frage am Bunde, so wie auf die Verhandlungen mit den zu gewinnenden Mittelstaaten ausübe.

Es ist wacker, wenn die Deutschen in andern Landeskammern trotz allem, was in Preußen jetzt reformbedürftig ist, ihr Vertrauen zu der Aufgabe des Staates aussprechen, und es ist für ein preussisches Herz erfreulich, die Reden der Herren Bluntschli und Jolly in der Sitzung vom 14. Mai zu lesen. Nur ist die Aufgabe der preussischen Presse und der preussischen Volksführer eine ganz andere, sie haben die Forderungen und Wünsche ihres eigenen Volkes unbemäntelt kundzugeben.

Es giebt nahe liegende Wahrheiten, welche in der leidenschaftlichen Erregung der Stunde doch immer wieder verkannt werden. Die Freunde und Gegner Preußens in deutschen Bundesländern vergessen zuweilen, daß ihre und der preussischen Opposition Aufgabe eine völlig verschiedene ist.

Die Preußen haben großen Grund zu Beschwerden, sie stehen in erbittertem Kampfe gegen das herrschende System, ihnen liegt ob, und nur ihnen ist möglich für Preußen die Besserung herbeizuführen, und sie haben das Recht, zu fordern, daß ihre guten Freunde außerhalb, welche die Leiden und Schäden nicht selbst ertragen, und nur von Hörensagen kennen, ihnen das Recht einräumen, daß sie in dem innern Zwist sich selbst berathen. Den Preußen steht ihr eignes Gut und Blut und alle theuren Erinnerungen des Staates auf dem Spiel, ihnen soll man doch vertrauend anheim geben, wie sie die Versöhnung finden zwischen den augenblicklichen Bedürfnissen des Staates und ihren eigenen Forderungen an den Staat. Denn nur wer mit seinem Gemüth und seinen Interessen ganz in dem preussischen Volke steht, vermag die Noth zu beurtheilen und die Hilfe zu finden, und wer nicht mit thaten kann, dem wird auch beim Rathen Zurückhaltung geziemen.

Die Deutschen außerhalb aber, welche sich jetzt dem Genuß tiefer sittlicher Entrüstung über die Verkehrtheiten des Systems so warm hingeben, wie eine gefühlvolle Gallerie den Stimmungen eines Trauerspiels, werden doch freundlich bedenken müssen, daß es nicht zweckmäßig ist, daß darum das Haus zu demoliren, weil ein Schauspieler darin mit zu großer Meisterschaft die Rolle des Fiesko oder Mohren spielt. Denn wer die Schäden des herrschenden Systems in Preußen, wie jetzt in Süddeutschland geschieht, so zornig empfindet, daß er darüber das Urtheil über die maßgebende Bedeutung verliert, welche der preussische Staat für sein eigenes Wohl hat, der denkt so unverständig als möglich; er fühlt

übermäßig, was ihm persönlich das Leben nicht einengt, und er verkennt in seinem Zorn den Werth, welchen die ihm durch Preußen erworbenen und bis jetzt gesicherten, sowie die neu angebotenen Güter für das deutsche Leben haben. Für ihn giebt es nur eine richtige Politik: das Gute, das ihm von Preußen geboten wird, unbefangen nach seinem Werth zu beurtheilen, das ihm Nützliche anzunehmen. Die politische Aufregung wirft in Süddeutschland ihre Blasen wie im Jahre 1848. Wenn man aber über dem Straßengeschrei, den Hysterien kleiner demokratischer Blätter und den explodirenden Kanonenschlägen die Meinung der Volksführer, wie sie sich in den Beschlüssen des Abgeordnetentages kundgegeben hat, mustert, so wird man hinter den Concessionen, welche in den Motiven der Zeitstimmung gemacht worden sind, die für Süddeutschland in diesem Augenblick mögliche und richtige Auffassung der politischen Lage würdigen. Denn die Aufgabe der nichtpreussischen Deutschen ist in diesem Augenblick eine sehr große, und sie ist so zu formuliren:

1) Jeder soll dahin wirken, daß die außer Preußen und Oestreich im deutschen Bund befindlichen Staaten von ihrer aggressiven Politik zurück und zu neutraler Haltung geführt werden, damit der Krieg, wenn er dadurch nicht ganz verhütet werden sollte, in seinen nachtheiligen Wirkungen beschränkt und localisirt werde;

2) jeder soll dahin wirken, daß die preussischen Reformvorschläge, welche durch ein aus Volkswahlen hervorgegangenes Parlament und durch Aenderung des Abstimmungsmodus in einem künftigen Staatenhause des Bundes die richtigen Grundlagen für alle weitere Entwicklung des deutschen Staatsorganismus geben, bei den Regierungen des Bundes bereitwillige Annahme finden.

Wir meinen, daß der Deutsche, welcher nach diesen beiden Richtungen die ihm mögliche Thätigkeit als Abgeordneter, Journalist, geachteter Bürger, entwickelt, grade alles Gute thut, was in der Gegenwart für den Einzelnen möglich ist. — Die Entscheidung über Krieg oder Frieden steht jetzt bei den Großmächten des Bundes, und vielleicht auch nicht mehr bei diesen allein, sondern bei den großen Mächten Europas.